

Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und
gesellschaftliche Vielfalt

E i n l a d u n g

zur

25. (öffentlichen) Sitzung des Ausschusses

für

Arbeit, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und gesellschaftliche Vielfalt

in der VIII. Wahlperiode

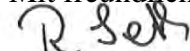
Mittwoch, 29.05.2019, 18:00 Uhr

STERNENFISCHER, Oberspreestraße 182, 12557 Berlin

Lfd. Nr.	Drs. Nr.	Initiator	Gegenstand der Beratung
1			Tagesordnung und Festlegung der Protokollführung <i>planmäßig: Herr Holzhausen, alternativ: Herr Hildebrandt</i>
2			Protokollkontrolle <i>der 15. Sitzung (Herr Hinz), 17. Sitzung (Frau Wahlen), 20. Sitzung (Herr Bertram), 21. Sitzung (Herr Hoffmann), 22. Sitzung (Herr Henze), 24. Sitzung (Herr Kerntopf)</i>
3			Vorstellung des Freiwilligenzentrums BE: Frau Wind (Fachbereichsleiterin für Stiftungsprojekte der USE)
4			Bericht des Bezirksamtes
5			vertagte Drucksachen
5.1	VIII/0672	SPD	Gesamtnutzungskonzept für Schul- und Sportplätze, Spielplätze sowie Freiräume in Treptow-Köpenick gemeinsam erarbeiten
5.2	VIII/0697	Einz.-BzV (FDP)	Barrierefreiheit bei Dokumenten und Bescheiden schaffen
5.3	VIII/0730	WeiKu	Musikschule in Adlershof nicht komplett dezentralisieren
6			Drucksachen aus der BVV vom 16.05.2019
6.1	VIII/0776	B'90Grüne	Bouleplatz in Baumschulenweg
6.2	VIII/0779	SPD	Modellprojekt Schulgesundheitsfachkraft initiieren
6.3	VIII/0625	BA	Betroffene von Partnerschaftsgewalt besser unterstützen <i>hier: Schlussbericht</i>
7			Dringliche Sondermittelanträge
8			Berichte aus den Gremien
9			Verschiedenes

Berlin, den 21.05.2019

Mit freundlichen Grüßen



Romana Seth

Ausschussvorsitzende

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, SPD

TOP: 023 / 14.24**Antrag**

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0672

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
31.01.2019	BVV	BVV/VIII/023	

Gesamtnutzungskonzept für Schul- und Sportplätze, Spielplätze sowie Freiräume in Treptow-Köpenick gemeinsam erarbeiten

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, ein ressortübergreifendes Gesamtnutzungskonzept für Schulsport- und Sportplätze, Spielplätze sowie Freiräume (Stadtplätze, Bolzplätze, Grünflächen etc.) in Treptow-Köpenick zu erarbeiten. Ziel soll es sein, eine breite Nutzung für Kinder und Jugendliche außerhalb der Öffnungszeiten der Plätze zu ermöglichen. Die Herausforderungen, die Bedürfnisse der Schulen, Sportvereine und Jugendfreizeiteinrichtungen mit denen von Kindern und Jugendlichen in Einklang zu bringen, sollten durch bedarfsgerechte Maßnahmen gelöst werden. Kinder und Jugendliche sollten in dem Prozess beteiligt werden und ihre Erwartungen in das Konzept einfließen. Weitere Zielgruppen, die an einer vereinsunabhängigen Nutzung interessiert sind, sollten einbezogen werden. Eine Strategie zur perspektivischen Sicherung von öffentlichen Plätzen für Kinder und Jugendliche sollte im Konzept beinhaltet sein.

Begründung:

Die Nutzung von Schul- und Sportplätzen außerhalb der regulären, durch Vereine betreuten Öffnungszeiten erfreut sich regen Interesses. Dabei entstehen naturgemäß Nutzer-/innenkonflikte, da Schule und Sport beispielbare und ordentliche Flächen für ihren Bildungsauftrag benötigen. Insbesondere Kinder und Jugendliche hingegen erfahren einen Rückgang ihrer Erlebnissräume. Dabei steht der präventive Gedanke im Vordergrund, denn wenn Kinder und Jugendliche ihren Bewegungsdrang ausleben können, ist weniger Raum für Langeweile und schlimmstenfalls Vandalismus. Hierfür bedarf es eines Konzeptes, das einen breiteren Zugang zu Schul- und Sportplätzen sowie Freiräumen außerhalb von Öffnungszeiten ermöglicht. Durch Schul- und Sportplatz-Patenschaften könnten beispielsweise Fragen der Haftpflicht geregelt werden.

Berlin, den 21.01.2019

Vorsitzender der SPD-Fraktion
 Alexander Freier-Winterwerb
 und
 Ana-Maria Trăsnea
 Ellen Haußdörfer

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, Einz.-BzV (FDP)

TOP: 024 / 14.6**Antrag**

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0697

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
07.03.2019	BVV	BVV/VIII/024	

Barrierefreiheit bei Dokumenten und Bescheiden schaffen

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sein Personal für den Themenkomplex "barrierefreie Dokumente" bzw. "barrierefreie Bescheide" zu sensibilisieren. Es sollte weiterhin in allen Bereichen des Bezirksamtes eine ausreichend große Mitarbeiterschaft dazu befähigt werden, barrierefreie Dokumente und Bescheide zu erstellen. Auf Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern oder sofern eine Sehbehinderung bekannt ist, sind sämtliche Dokumente und Bescheide in Ergänzung barrierefrei in der Art auszustellen, dass sie von einem "Screen Reader" vorgelesen werden können.

Begründung:

Angesichts einer wachsenden älteren Bevölkerung nimmt zugleich die Zahl derjenigen zu, die Probleme mit dem Sehen haben. Das bedeutet verstärkt für uns als gesellschaftlicher Auftrag, auch auf eine Barrierefreiheit in diesem Bereich hinzuwirken. Das Bezirksamt verschickt Bescheide für Blinde und Sehbehinderte ebenfalls per Post, allerdings können die so verschickten Schreiben vom blinden oder sehbehinderten Empfänger nicht ohne fremde Hilfe gelesen werden. Das widerspricht den Grundsätzen gelebter Inklusion. Ausreichend viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes sollten eine Befähigung erlangen, Dokumente derart zu erstellen, dass sie von blinden oder sehbehinderten Bürgern inhaltlich selbständig aufgenommen werden können.

Berlin, den 26.02.2019

Joachim Schmidt

Ralf Henze

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, WeiKu

TOP: 025 / 14.5**Antrag**

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0730

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
04.04.2019	BVV	BVV/VIII/025	

Musikschule in Adlershof nicht komplett dezentralisieren

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die von der Joseph-Schmidt-Musikschule Treptow-Köpenick genutzten Räume am Standort Adlershof nicht zu Büroräumen umzufunktionieren, solange nicht ein geeignetes Gebäude in Treptow für die Übergangszeit bis zur Inbetriebnahme des geplanten Musikschul-Neubaus in Baumschulenweg zur Nutzung durch die Musikschule zur Verfügung steht, in dem entsprechend der notwendigen musikschulfachlichen Bedarfe mindestens die Hälfte des derzeitigen Angebots an einem zentralen Standort stattfinden kann.

Begründung:

Die 34 Räume im Gebäude Hans-Schmidt-Straße 6/8 in Adlershof sind heute oft nicht musikschulgeeignet (vgl. Antwort 1c Drs. GA VIII/0541). Ein Umbau zu musikschulgeeigneten Räumen ist – gutachterlich bestätigt – nicht wirtschaftlich möglich. Das Bezirksamt hat sich deshalb für den Neubau von Musikschulgebäuden in Baumschulenweg und Johannisthal entschieden. Die Antragsteller begrüßen diese fachlich richtige und notwendige Perspektive zur Entwicklung der Musikschule.

Um den mühevollen Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre nicht nachhaltig zu beschädigen, darf das Musikschulangebot für den Raum Treptow nicht zersplittert werden. Wie das Bezirksamt in Beantwortung der Mündlichen Anfrage 0361 in der BVV am 07.03.2019 ausführte, hätte dies Schülerverluste durch Kündigung von Unterrichtsverträgen, Elternbeschwerden, Mengen- und Budgetverluste, Einkommensverluste der Honorarkräfte und Abwanderung der Fachkräfte sowie den Verlust ganzer Musikschulangebote wegen möglicherweise ungeeigneter Räume und zusätzlichen Organisations- und Verwaltungsaufwand zur Folge. Bis das neue Musikschulgebäude in Baumschulenweg zur Verfügung steht, muss deshalb die Nutzungsmöglichkeit eines zentralen Standortes in Treptow gegeben sein. Das kann der heutige Standort Adlershof oder ein anderer geeigneter Interimsstandort sein.

Es würde die qualitativ hochwertige Musikschularbeit konterkarieren, wenn wir am Ende ein neues Musikschulgebäude, Verwaltungskräfte und ein paar Instrumente hätten, aber keine Schülerinnen und Schüler und keine Lehrerinnen und Lehrer mehr.

Berlin, den 21.03.2019

Stv. Vorsitzende des Ausschusses
für Weiterbildung und Kultur
Andrea Lorenz

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, B'90Grüne

TOP: 026 / 14.11**Antrag**

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0776

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
16.05.2019	BVV	BVV/VIII/026	

Bouleplatz in Baumschulenweg

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Rahmen des geplanten Mehrgenerationenplatzes zwischen Baumschulenstraße und Mörikestraße, hinter der Kirche und dem Volkshochschulgebäude auf den Freiflächen, einen Bouleplatz zur öffentlichen Nutzung anzulegen.

Begründung:

Ein Bouleplatz ist ein Wunsch vieler in Baumschulenweg lebender Bürgerinnen und Bürger. Dieser Sport wird gern generationsübergreifend betrieben, ist sozial und die Anlage wäre zu überschaubaren Kosten herzustellen. Die nächsten Bouleplätze (z. B. Regattastraße in Grünau und Paul-Lincke-Ufer in Kreuzberg) sind etliche Kilometer entfernt und teilweise überfrequentiert.

Berlin, den 06.05.2019

Vorsitzende der Fraktion B'90Grüne
Dr. Claudia Schlaak und Jacob Zellmer

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, SPD

TOP: 026 / 14.12**Antrag**

gemäß § 21 (1) c GO

Drs.Nr.: VIII/0779

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	<i>Sitzung</i>	<i>Beratungsstand</i>
16.05.2019	BVV	BVV/VIII/026	

Modellprojekt Schulgesundheitsfachkraft initiieren

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich dafür einzusetzen, dass das Modellprojekt Schulgesundheitsfachkraft, wie in Brandenburg auch, im Bezirk Treptow-Köpenick z. B. als Projekt an Gemeinschaftsschulen initiiert wird.

Begründung:

Den Beruf der Schulgesundheitsfachkraft gibt es nahezu in allen europäischen Ländern. Auch in Brandenburg läuft seit Februar 2017 an 20 Schulen erfolgreich ein Modellprojekt. Schulgesundheitsfachkräfte versorgen z. B. kleine und größere Wunden, kümmern sich um Impfungen und halten Vorträge zu gesunder Ernährung, Bewegung und Hygiene. Viele Eltern sind froh, dass ihr Kind von einer ausgebildeten Fachkraft betreut wird – besonders, wenn es um chronisch kranke Schüler und Schülerinnen geht, beispielsweise Diabetiker und Diabetikerinnen. Aber auch Eltern, die wegen einer akuten Verletzung oder Krankheit angerufen werden und nicht gleich losrennen müssen, weil sie ihr Kind im Krankenzimmer gut versorgt wissen, schätzen die Schulgesundheitsfachkraft sehr.

Berlin, den 06.05.2019

Vorsitzender der SPD-Fraktion
Alexander Freier-Winterwerb
und
Regina Klinger

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin
Abteilung Soziales und Jugend
Stellvertretender Bezirksbürgermeister
und Bezirksstadtrat

2. April 2019

Vorsteher der BVV
Herrn Groos



Schlussbericht

Beschluss Nr.: 0445/23/19 – Drs.Nr.: VIII/0625 – der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick am 31.01.2019

Betroffene von Partnerschaftsgewalt besser unterstützen

In der o. g. Sitzung der BVV Treptow-Köpenick wurde folgender Beschluss gefasst:

Das Bezirksamt wird ersucht, zu prüfen, inwieweit die bestehenden Krisenpräventions- und -interventionsangebote sowie Beratungsstellen für Betroffene von Partnerschaftsgewalt den Bedarf zielgruppenspezifisch abdecken können oder ob und gegebenenfalls in welcher Form eine Erweiterung des Angebots erforderlich ist. Bestehende Angebote sollen stärker als bisher bekannt gemacht werden.

Zu o. g. Beschluss ergeht folgender Schlussbericht:

1. Projekte und Maßnahmen

Offensiv 91' e.V. führt seit 1992 das **Projekt „Frauenzufluchtswohnung“** im Bezirk durch. Eine erforderliche Ergänzung dazu war bislang die Beratungsstelle für von Gewalt betroffene Frauen in Treptow-Köpenick, die in besonderen sozialen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt Unterstützung und Hilfe gewährt hat.

Maximal fünf Frauen mit insgesamt bis zu acht Kindern können im Bezirk Treptow-Köpenick und 6 Frauen mit bis zu zehn Kindern im Bezirk Marzahn-Hellersdorf in Zufluchtswohnungen, welche Offensiv 91' koordiniert, untergebracht werden. Das Angebot hat sich im Vergleich zu den Vorjahren erhöht. In Treptow-Köpenick wurde von 3 auf 5 Plätze aufgestockt. Die bis zum 31.03.2019 tätige Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen bei Offensiv 91' e.V. hat eng vernetzt mit Frauenhäusern und Einrichtungen, die von Gewalt betroffene Frauen unterbringen können, zusammengearbeitet.

Der Bezirk beabsichtigt zukünftig weiterhin, eine **Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen** aus Zuwendungsmitteln zu finanzieren.

Des Weiteren stehen allen von häuslicher/Partnerschaftsgewalt betroffenen Frauen das **bundesweite Hilfetelefon als Rund-um-die-Uhr-Angebot** unter der kostenlosen Telefonnummer 08000 116 016 zur Verfügung.

Zudem bietet die **Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen, BIG, eine Telefonhotline** an. Die Hotline ist ein Unterstützungsangebot für alle Frauen und deren Kinder, die in ihrer Beziehung Gewalt erleben, nach ihrer Trennung immer noch von ihrem Ex-Partner bedroht und belästigt werden oder Übergriffen ausgesetzt sind. Die BIG Hotline ist an jedem Tag und zu jeder Uhrzeit erreichbar – auch an Wochenenden und Feiertagen rund um die Uhr. Die Beratung ist auf Wunsch anonym.

Eine weitere Maßnahme ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit. Aus diesem Grund unterstützt die Gleichstellungsbeauftragte alle präventiven Maßnahmen und Aktionen, welche sich mit der Problematik der häuslichen Gewalt auseinandersetzen. Hier ist die bereits mehrfach durchgeführte Bildungsveranstaltung im FEZ mit dem Thema „Gewalt an

Frauen und Mädchen zu nennen sowie die „One Billion Rising“ Tanzdemo am Brandenburger Tor.

Die Gleichstellungsbeauftragte wird weiterhin mit Fachveranstaltungen und Aktionen im Rahmen des jährlich stattfindenden Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen auf häusliche Gewalt aufmerksam machen.

2. Erfordernisse für einen verbesserten Schutz

In Berlin sind häusliche Gewaltvorfälle mit mehr als 14.000 polizeilich gemeldeten Straftaten in 2017 unverändert hoch. Als häusliche Gewalt werden Gewaltstraftaten in partnerschaftlichen oder engen persönlichen Beziehungen bezeichnet. Ganz überwiegend handelt es sich dabei um Gewalthandlungen von Männern an Frauen.

Am 1. Februar 2018 ist in Deutschland die Istanbul-Konvention in Kraft getreten. Die im Europarat zusammengeschlossenen Staaten haben mit dem Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt den bisher umfassendsten Menschenrechtsvertrag gegen geschlechtsspezifische Gewalt entwickelt. Seine Umsetzung verlangt eine Vielzahl an Maßnahmen in den Bereichen Prävention, Intervention, Schutz und Sanktion.

Insofern ist es erforderlich, die bezirklichen Angebote mit den Zufluchtswohnungen und der Beratungsstelle qualifiziert mit einer ausreichenden Finanzierung fortzuführen.

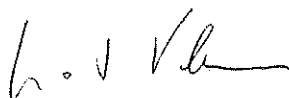
Parallel sind Handlungsfelder wie Netzwerkarbeit, Prävention, Fort- und Weiterbildung auszubauen. Dafür sollten personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt bzw. gestärkt werden, um beispielsweise einen bezirklichen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt aufzustellen und umzusetzen.

Wir bitten, diesen Schlussbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Verwaltungsaufwand für	beteiligte Beschäftigte	Stundensatz	Aufgewendete Zeit/Minuten	Errechneter Aufwand
Mittleren Dienst	1	47,51 €	25	19,80 €
Gehobenen Dienst	1	59,84 €	60	59,84 €
Höheren Dienst	0	78,68 €	0	0,00 €
SozJugDez/Vorzimmer				33,06 €
Gesamtkosten Fachabteilung:				112,70 €
BzBm, Büro BzBm, Büro BVV				27,21 €
Verwaltungskosten insgesamt:				139,91 €



Oliver Igel
Bezirksbürgermeister



Gernot Klemm
Stellvertretender Bezirksbürgermeister
und Bezirksstadtrat
für Soziales und Jugend